

# Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

**Gegenstand:** **Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit**

---

## 2121 Antragstext

### 2122 **Für eine bürger- und menschenrechtsorientierte Sicherheitspolitik**

2123 Im Mittelpunkt der Sicherheitspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen  
2124 der Schutz und die Sicherung der Bürger- und Menschenrechte. Eine  
2125 einseitig auf Repression ausgelegte Sicherheitspolitik lehnen wir ab.  
2126 Deshalb wollen wir die bürgerrechtsfeindlichen Maßnahmen der schwarz-  
2127 gelben Koalition, wie die Verschärfung des Polizeigesetzes, die  
2128 Einschränkung der Versammlungsfreiheit und den ungehemmten Einsatz von  
2129 Überwachungstechnologien rückgängig machen. Sicherheit braucht  
2130 Freiheit! Das Vertrauen in die Institutionen des Staates kann nur  
2131 durch eine transparente und nachvollziehbare Arbeit von Polizei und  
2132 Sicherheitsbehörden und der notfalls möglichen gerichtlichen  
2133 Überprüfung ihres Handelns gestärkt werden.

### 2134 **Für eine bürgernahe Polizei**

2135 Für gute und bürgernahe Polizeiarbeit bedarf es weniger teurer  
2136 technischer Hilfsmittel, sondern vielmehr kompetenter und gut  
2137 geschulter Polizeibediensteter in ausreichender Zahl. Der gegenwärtig  
2138 stattfindende Personalabbau bei der Polizei in Sachsen führt zu  
2139 weniger Bürgernähe und erhöht den Altersdurchschnitt der Beamten  
2140 drastisch. Ein lediglich an der Bevölkerungsentwicklung orientierter  
2141 linearer Stellenabbau ist nicht sinnvoll, vielmehr brauchen wir  
2142 Einstellungen junger Menschen in den Polizeidienst.  
2143 Im Mittelpunkt guter und angemessener Polizeiarbeit steht für uns  
2144 zudem eine hochwertige und an die aktuellen Anforderungen angepasste  
2145 und gut finanzierte Ausbildung. Um dies zu gewährleisten, muss die

2146 Unabhängigkeit und ausreichende personelle Ausstattung der Hochschule  
2147 der Sächsischen Polizei erhalten bleiben und die dort stattfindende  
2148 anwendungsbezogene Forschung gestärkt werden. Um eine breite und an  
2149 den Grundrechten orientierte Polizeiausbildung zu fördern, wollen wir  
2150 die Kooperation bei der Polizeiausbildung mit den Universitäten in  
2151 Sachsen stärken und zukünftig Teile der Polizeiausbildung dort  
2152 vornehmen lassen. Sehr wichtig für eine fachkundige Ermittlungsarbeit  
2153 ist eine stärkere Sensibilisierung der Polizeiangehörigen für  
2154 Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.  
2155 Dies muss bei der Ausbildung besser berücksichtigt werden.  
2156 Der tägliche Einsatz von Polizistinnen und Polizisten ist oft mit  
2157 großen körperlichen wie auch seelischen Belastungen verbunden. BÜNDNIS  
2158 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für mehr medizinische Begleitung von  
2159 Polizeibediensteten in schwierigen und stressigen Einsatzlagen ein  
2160 sowie für den Ausbau des polizeipsychologischen Dienstes. Eine  
2161 Betriebsklimastudie bei der sächsischen Polizei kann dabei  
2162 Arbeitszufriedenheit, Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen  
2163 zielgerichtet untersuchen, um physische wie psychische Belastungen zu  
2164 identifizieren und Verbesserungsvorschläge für die alltägliche Arbeit  
2165 der Polizistinnen und Polizisten zu erarbeiten.  
2166 Eine gut aufgestellte Polizei spiegelt den Querschnitt der Bevölkerung  
2167 wider und ist in ihr fest verankert. Wir brauchen auch in Sachsen  
2168 beispielsweise mehr Polizeibedienstete mit Migrationshintergrund, da  
2169 diese im Regelfall besser mit dem sozialen Umfeld und den  
2170 Lebensumständen von Migrantinnen und Migranten vertraut sind.

#### 2171 **Mehr Bürgernähe durch Transparenz**

2172 Nicht alle Polizistinnen und Polizisten sind davor gefeit, im Einsatz  
2173 gegen das Verhältnismäßigkeitsgebot zu verstoßen oder sogar Straftaten  
2174 im Dienst zu begehen. Wenn falsch verstandene Staatsräson oder  
2175 polizeiinterner Corpsgeist die Aufklärung solcher Vergehen verhindern,  
2176 schwindet das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zwangsläufig.  
2177 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine deutliche Verbesserung der  
2178 Möglichkeiten der Aufklärung von Straftaten und Vergehen im Amt. Zur  
2179 Aufklärung von Anzeigen gegen Polizeibedienstete sind unabhängige  
2180 Strukturen notwendig, die einerseits den Betroffenen eine realistische  
2181 Chance geben, von Polizistinnen und Polizisten begangene Straftaten  
2182 aufklären zu lassen, die andererseits aber auch Polizeibedienstete vor  
2183 ungerechtfertigten Anzeigen schützen können. Wir setzen uns für die  
2184 Einsetzung einer durch den Landtag zu wählenden unabhängigen  
2185 Polizeikommission mit weitreichenden Akteneinsichts- und  
2186 Befragungsrechten ein, die Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und  
2187 aus Polizeikreisen nachgeht und etwaige Missstände aus eigenständiger  
2188 Initiative untersuchen kann. Darüber hinaus wollen wir die internen  
2189 Ermittlungsstrukturen der Polizei ausbauen und eine effiziente Interne  
2190 Ermittlung beim Landeskriminalamt etablieren.  
2191 Auch die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für  
2192 Polizeibedienstete, die explizit auch für geschlossene Einheiten gilt,

2193 soll die Verfolgung dienstlicher Vergehen erleichtern. Die Aufklärung  
2194 von Straftaten durch einzelne Polizeibedienstete beugt einem möglichen  
2195 Generalverdacht gegen ganze Einsatzgruppen vor. Die Evaluation der  
2196 Kennzeichnungspflicht in Berlin zeigt, dass die Befürchtung, dass  
2197 diese zu einer „Anzeigenflut“ oder gar zu Bedrohungen gegen  
2198 PolizeibeamtInnen führen könnte, unbegründet ist.

#### 2199 **Gegen Gewalt handeln**

2200 PolizeibeamtInnen müssen regelmäßig im angemessenen Umgang mit  
2201 Gewaltopfern geschult werden. Um Misshandlungen von Frauen und Mädchen  
2202 besser und früher zu erkennen, sind Angehörige der Gesundheitsberufe  
2203 entsprechend auszubilden und zu sensibilisieren. Auch das Thema Männer  
2204 als Opfer von Gewalt erfordert eine gesellschaftliche Debatte und mehr  
2205 Forschung.

2206 Polizistinnen und Polizisten müssen für verschiedene Formen von  
2207 Gewalt, die gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit - wie  
2208 Fremdenfeindlichkeit, Homo- und Trans\*phobie oder  
2209 Behindertenfeindlichkeit - entspringt, sensibilisiert und zu einem  
2210 vorurteilsfreien Umgang mit den Opfern befähigt werden.

#### 2211 **Effiziente Polizeiarbeit statt Privatisierung der Polizei**

2212 Sachsen braucht eine systematische Untersuchung der gegenwärtigen  
2213 Polizeiaufgaben. Damit soll geklärt werden, welche Aufgaben die  
2214 Polizei in Sachsen erfüllen muss. Diese Diskussion darf jedoch nicht  
2215 dazu führen, dass Kernaufgaben der Polizei an ehrenamtliche,  
2216 aufgerüstete Polizeibehörden oder private Dienste delegiert werden.  
2217 Bei der personellen Ausstattung der Polizei müssen die Fläche des  
2218 Landes und die besonderen Strukturen einiger Landkreise stärker  
2219 berücksichtigt werden. Die GRÜNEN in Sachsen setzen sich daher für die  
2220 Einführung gesetzlich festgelegter Interventionszeiten auch bei der  
2221 Polizei ein, wie sie beim Rettungsdienst längst gegeben sind.  
2222 Wir wollen die Zusammenarbeit mit unseren tschechischen und polnischen  
2223 Nachbarn bei der Polizei verbessern. Sächsische Polizeibedienstete  
2224 sollen Weiterbildungsmöglichkeiten zum Erwerb von  
2225 Fremdsprachenkenntnissen und von interkultureller Kompetenz wahrnehmen  
2226 können. Kooperationen mit autoritären Regimen lehnen wir ab. Wir  
2227 fordern, dass jeder Einsatz sächsischer Polizisten im Ausland durch  
2228 den Landtag genehmigt werden muss.

#### 2229 **Bürgerrechte achten und vor Eingriffen schützen**

2230 In den letzten Jahren ist es zu einer stetigen Ausweitung der  
2231 verdachtsunabhängigen und nachrichtendienstlichen Maßnahmen und damit  
2232 zu einer Zunahme der Eingriffe in die Grundrechte der Bürgerinnen und  
2233 Bürger gekommen - auch sächsische Landesbehörden hatten und haben  
2234 daran einen erheblichen Anteil. Die massiven Eingriffe in die  
2235 Grundrechte bringen kaum einen praktischen Nutzen, legen jedoch die  
2236 Axt an die Wurzeln des Rechtsstaates und führen zu einem Gefühl des

2237 überwacht werdens. Insbesondere die polizeiliche Überwachung von  
2238 Kommunikation und Computersystemen bedarf enger rechtlicher und  
2239 grundrechtskonformer Grenzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen  
2240 kritisieren die stetige Ausweitung der polizeilichen Befugnisse und  
2241 wollen die Grundrechtseingriffe beschränken. Wir fordern die  
2242 Evaluation der Sicherheitsgesetzgebung im Freistaat hinsichtlich ihrer  
2243 Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit analog zur entsprechenden  
2244 Evaluation auf Bundesebene. Wir wehren uns gegen weitere Eingriffe in  
2245 die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Wir lehnen daher die  
2246 erweiterte Bestandsdatenabfrage im Polizeirecht und für den  
2247 Verfassungsschutz ab. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die von der  
2248 Großen Koalition auf Bundesebene geplante Vorratsdatenspeicherung  
2249 durch Sachsen im Bundesrat blockiert wird.  
2250 Die eingesetzten Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung müssen überprüfbar  
2251 und nachvollziehbar sein und dürfen nicht unverhältnismäßig in die  
2252 Grundrechte des Einzelnen eingreifen. Wir kritisieren in diesem  
2253 Zusammenhang das Verschwimmen der Grenze zwischen Polizeirecht und  
2254 Strafprozessrecht in Sachsen und die damit verbundene Verlagerung  
2255 schwerer Grundrechtseingriffe in den Bereich der Gefahrenabwehr. Wir  
2256 setzen uns für eine Abschaffung der KFZ-Kennzeichenerfassung ein.  
2257 Der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger gegen Grundrechtseingriffe  
2258 muss gestärkt werden. Wir wollen deshalb die  
2259 Benachrichtigungspflichten nach entsprechenden Maßnahmen ausweiten.  
2260 Zukünftig müssen betroffene nach Beendigung einer Maßnahme umgehend  
2261 über diese informiert werden. Dieses Recht darf auch nicht durch weite  
2262 Ausnahmeregelungen, zum Beispiel zugunsten des Verfassungsschutzes,  
2263 ausgehöhlt werden.

2264 Wir verkennen nicht, dass die Kriminalitätsbekämpfung im digitalen  
2265 Zeitalter vor neuen Herausforderungen steht. Eine gute Ausbildung und  
2266 angemessene Ausrüstung sind  
2267 aber zweckmäßiger als übermäßige Eingriffe in die Grundrechte der  
2268 Bürgerinnen und Bürger. Nicht alles, was technisch möglich ist, sollte  
2269 in der Polizei zum Einsatz kommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen  
2270 setzen sich dafür ein, dass Waffen wie Elektroschockpistolen oder  
2271 Pfefferspraygeschosse nicht mehr als Zwangsmittel eingesetzt werden  
2272 dürfen.

### 2273 **Staatliche Datensammelwut beenden ...**

2274 Derzeit sind mehr als 7 Millionen Personendatensätze bei der  
2275 sächsischen Polizei im integrierten Vorgangsbearbeitungssystem (IVO)  
2276 gespeichert: Tendenz steigend! Nicht nur die Polizei sondern auch die  
2277 Ordnungsämter haben Zugriff auf dieses System, das der  
2278 parlamentarischen Kontrolle entzogen ist. Ähnliches gilt auch für alle  
2279 andere polizeiliche Datenbanken, wie die Fahndungsdatei PASS oder die  
2280 so genannte „Gewalttäterdatei Sport“. Wir setzen uns für die  
2281 Einführung gesetzlicher Verfahrensrechte für die von

2282 Datenspeicherungen Betroffenen ein. Sie müssen grundsätzlich über die  
2283 Speicherung unterrichtet werden und die Möglichkeit erhalten, diese  
2284 rechtlich überprüfen zu lassen. Darüber hinaus bedarf es klarer und  
2285 verbindlicher Regelungen hinsichtlich der Gründe für Speicherungen und  
2286 der Speicherdauer für Daten.

2287 **...wie auch die Datensammelwut von Unternehmen**

2288 Daten werden aber auch von Unternehmen immer ungehemmter gesammelt.  
2289 Dieser Trend kann zurückgedrängt werden: Meldeämter in Sachsen, die  
2290 Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung und andere Stellen  
2291 des Freistaates müssen durch Landesgesetz dazu verpflichtet werden,  
2292 die Einwilligung der Betroffenen einzuholen, wenn Daten von  
2293 Bürgerinnen und Bürgern Dritten zur Verfügung gestellt werden sollen.  
2294 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Stärkung des Sächsischen  
2295 Datenschutzbeauftragten ein, um insbesondere unabhängige und  
2296 effiziente Kontrollen gewährleisten zu können.

2297 **Grundrechte im digitalen Zeitalter schützen**

2298 Die Überwachung von Kommunikation im Internet durch  
2299 Sicherheitsbehörden und die Verarbeitung personenbezogener Daten -  
2300 auch durch große privatwirtschaftliche Unternehmen - hat sich in den  
2301 letzten Jahren als eine internationale Herausforderung für den Schutz  
2302 der informationellen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger  
2303 erwiesen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch auf Landesebene dafür  
2304 sorgen, dass der Datenschutz gewahrt wird. Wir sprechen uns dafür aus,  
2305 dass in der sächsische Landesverfassung das Grundrecht auf  
2306 informationelle Selbstbestimmung um seine digitale Dimension erweitert  
2307 wird und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis um das Recht auf  
2308 eine unbeobachtete Kommunikation im Internet erweitert wird.

2309 **Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben**

2310 Wir lehnen den Trend zur zunehmenden Videoüberwachung öffentlicher  
2311 Räume ab. Straftaten werden durch Videoüberwachung nicht verhindert,  
2312 sondern bestenfalls an andere Orte verdrängt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in  
2313 Sachsen lehnen ebenso verdachtsunabhängige Personenkontrollen in  
2314 ganzen Stadtteilen ab. Konstruierte abstrakte Gefahrenszenarien dürfen  
2315 nicht dazu ausreichen, in die Freiheitsrechte der einzelnen  
2316 Bürgerinnen und Bürger einzugreifen. Entsprechend lehnen wir  
2317 Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen ab.

2318 **Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützen**

2319 Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist eines der wichtigsten  
2320 Grundrechte, die uns unsere Verfassung garantiert. Deshalb lehnen wir  
2321 das Versammlungsgesetz der schwarz-gelben Regierung, mit dem die  
2322 Möglichkeit eines Verbots von Versammlungen an bestimmten Tagen und  
2323 Orten geschaffen wurde, weiterhin ab. Dieses Gesetz ist ein  
2324 Einfallstor für die willkürliche Einschränkung des Versammlungsrechts

2325 und mit großer Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig.  
2326 Wir wollen ein Umdenken bei den Polizeieinsätzen bei Versammlungen  
2327 erreichen: Jeder Polizeieinsatz bei Versammlungen soll dem Grundsatz  
2328 der Deeskalation folgen. Demonstrationen sind keine Störung der  
2329 öffentlichen Ordnung, sondern ein Merkmal einer lebendigen Demokratie.  
2330 Wir lehnen polizeiliche Einsatztaktiken ab, die auf die Unterbindung  
2331 des Versammlungsrechtes gerichtet sind und selbst gegenüber kleinsten  
2332 Versammlungen Drohkulissen aufbauen. Die anlasslose Videoüberwachung  
2333 wollen wir im Schutzbereich der Versammlungsfreiheit verbieten.  
2334 Massive Grundrechtseingriffe wie das massenhafte Abfragen von  
2335 Funkzellendaten, großräumige Aufenthaltsverbote und umfangreiche  
2336 Personenfeststellungen bei Versammlungen oder in deren Vorfeld lehnen  
2337 wir ab. Grundsätzlich müssen Maßnahmen unterbleiben, deren Zweck  
2338 darauf gerichtet ist, Menschen von der Teilnahme an einer friedlichen  
2339 Versammlung abzuschrecken.  
2340 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für die weitestgehende  
2341 Streichung der Straftatbestimmungen im Sächsischen Versammlungsgesetz  
2342 ein. Straftaten bei Versammlungen sind in der Regel bereits  
2343 hinreichend durch das Strafgesetzbuch abgedeckt und sollten auch nach  
2344 diesem geahndet werden. Insbesondere friedliche Platzbesetzungen  
2345 müssen entkriminalisiert werden und dürfen bestenfalls noch als  
2346 Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

#### 2347 **Landesamt für Verfassungsschutz auflösen**

2348 Das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat bei der Aufdeckung  
2349 extrem rechter und rechtsterroristischer Strukturen in den letzten  
2350 Jahren fundamental versagt und seine angebliche Funktion als  
2351 Frühwarnsystem keineswegs erfüllt. Die Ursachen dafür reichen von  
2352 unqualifiziertem Personal über eine unklare Bestimmung darüber, was  
2353 als „verfassungsfeindlich“ zu gelten hat, bis hin zur politisch  
2354 motivierten Beeinflussung der Beobachtungspraxis. Auch die fatale  
2355 Neigung des Verfassungsschutzes, vorhandenes Wissen als Eigentum der  
2356 Behörde zu betrachten und nicht im notwendigen Maße mit anderen  
2357 Strafverfolgungsbehörden zu teilen, hat einen wesentlichen Anteil  
2358 daran, dass die Mörderbande „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)  
2359 fast 14 Jahre lang in Sachsen untertauchen konnte. BÜNDNIS 90/DIE  
2360 GRÜNEN in Sachsen halten das Modell eines Geheimdienstes, der nicht  
2361 ausschließlich für die Abwehr konkreter Gefahren wie Terrorismus  
2362 zuständig ist, sondern auch für die Erfassung abstrakter Bestrebungen  
2363 gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung für überholt. Das  
2364 Versagen im Fall NSU war nicht der erste große Skandal des Sächsischen  
2365 Verfassungsschutzes – diese Behörde hat bewiesen, dass sie nicht  
2366 reformierbar ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich deshalb  
2367 für die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz in seiner  
2368 gegenwärtigen Struktur ein. Wir sprechen uns für einen Neuanfang in  
2369 zwei voneinander unabhängigen Strukturen aus. Eine Forschungsstelle  
2370 für Demokratie soll künftig eine wissenschaftliche und fundierte  
2371 Auseinandersetzung mit antidemokratischen und menschenfeindlichen

2372 Tendenzen in Sachsen ermöglichen und die aus der Analyse solcher  
2373 Tendenzen gewonnen Erkenntnisse der Öffentlichkeit und den  
2374 Ermittlungsbehörden zur Verfügung stellen. Sie muss von der  
2375 Staatsregierung unabhängig sein, um einer exekutiven Einflussnahme auf  
2376 die Problembenennung antidemokratischer Erscheinungen  
2377 entgegenzutreten.  
2378 An die Stelle des alten Landesamtes für Verfassungsschutz soll eine  
2379 neue Behörde zur Abwehr terroristischer Bedrohungen gesetzt werden.  
2380 Deren Aufgabenstellung soll eng auf die Abwehr konkreter Gefährdungen  
2381 durch terroristische Bestrebungen und Spionage begrenzt sein. Diese  
2382 Behörde muss einer strengen parlamentarischen Kontrolle unterworfen  
2383 sein. Deshalb muss der Parlamentarischen Kontrollkommission eine  
2384 ausreichende Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden und eine  
2385 breite Beteiligung der Landtagsfraktionen sichergestellt werden.  
2386 Darüber hinaus muss das Deutungsmonopol des Verfassungsschutzes über  
2387 die Frage wer "gut" und wer "böse" ist gebrochen werden.  
2388 Wir fordern das Ende des Einsatzes von V-Leuten. Insbesondere in der  
2389 rechten Szene haben sich diese nicht als wichtige Quellen, sondern  
2390 vielmehr als staatlich finanzierte Geldgeber für Nazistrukturen  
2391 erwiesen. Diese Alimentierung demokratiefeindlicher Strukturen aus  
2392 Steuermitteln muss ein Ende haben!  
2393 Wir wollen unabhängig der Struktur der Verfassungsschutzes die Polizei  
2394 gegenüber dem Verfassungsschutz stärken. Vielfach wurden und werden  
2395 polizeiliche Ermittlungen bei begangenen Straftaten durch den  
2396 Verfassungsschutz, zum Beispiel zu Zwecke des Quellenschutzes,  
2397 unterbunden. Wir fordern, dass der Verfassungsschutz die  
2398 Strafverfolgung durch die Polizei nicht mehr behindern darf und  
2399 entsprechende Straftaten der Polizei zu melden hat. Die Strafverfolgung  
2400 muss Vorrang vor den Beobachtungsbestrebungen der Verfassungsschutzes  
2401 haben.

#### 2402 **Respekt für die Vielfalt zu lieben**

2403 Mit einem sächsischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt wollen  
2404 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorurteilen und Ängsten, aber auch  
2405 Diskriminierung und Gewalt gegenüber gleichgeschlechtlich liebenden,  
2406 trans\* und intergeschlechtlichen Menschen entgegenwirken. Dabei sollen  
2407 ausdrücklich auch unterschiedliche Bedürfnisse in Bezug auf  
2408 Geschlecht, Alter, Einwanderungshintergrund, Behinderung oder etwa  
2409 Religion Beachtung finden. Wir sprechen uns für eine kontinuierliche  
2410 Förderung (im Sinne der Planungssicherheit) der Organisationen zur  
2411 Beratungs- und Bildungsarbeit im Bereich Lesben, Schwule, Bisexuelle,  
2412 Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBT TI) aus. Bei der  
2413 Erarbeitung des Aktionsplans sind die Organisationen aus dem LSBTTI-  
2414 Bereich einzubeziehen. Wir wollen ehrenamtliche LSBTTI-Projekte  
2415 fördern und ausreichende Beratungsangebote für alle Altersgruppen  
2416 ermöglichen. Dies gilt vor allem auch für die ländlichen Räume.  
2417 Das Thema Sexualaufklärung muss im Lehrplan modernisiert werden. An  
2418 den Schulen soll fächerübergreifend die Vielfalt sexueller

2419 Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten thematisiert werden.  
2420 Im Unterricht sollen offen und ehrlich die verschiedenen  
2421 Wirklichkeiten von „Familie“ angesprochen und so das Entstehen von  
2422 Vorurteilen verhindert werden.  
2423 Bei der Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen, LehrerInnen,  
2424 SozialpädagogInnen und PflegerInnen sind auch die besonderen  
2425 Bedürfnisse, die aus unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und  
2426 Identitäten erwachsen, zu vermitteln. Wir sprechen uns für die  
2427 Unterstützung von Forschungen zu sexueller Vielfalt aus. Aufklärung  
2428 setzt voraus, zu wissen, wo Diskriminierung und Ausgrenzung  
2429 stattfinden. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung der Forschung  
2430 zur gegenwärtigen Situation von LSBTTI in Sachsen ein.  
2431 Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von  
2432 Lebenspartnerschaften in Sachsen erreichen und die letzten  
2433 diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und  
2434 Verwaltungsvorschriften tilgen. Wir wollen die volle rechtliche  
2435 Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen mit der Ehe  
2436 erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen,  
2437 Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Die Anpassung soll  
2438 dabei rückwirkend bis zur Eonführung der eingetragenen  
2439 Lebenspartnerschaft gelten. Wir machen uns dafür stark, dass die  
2440 sächsische Landesverfassung Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz für  
2441 Familie zukünftig unabhängig von der sexuellen Orientierung und der  
2442 Geschlechtsidentität garantiert. Wir setzen uns dafür ein,  
2443 Regenbogenfamilien und ihre Kinder rechtlich zu stärken und dazu  
2444 Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen zu entwickeln, die ihren  
2445 Bedürfnissen entsprechen.  
2446 So genannte Therapien, in denen Homosexualität angeblich "geheilt"  
2447 werden kann, gefährden Menschen. Deshalb lehnen wir diese entschieden  
2448 ab. Mit uns wird es keine staatliche Unterstützung dafür geben.